

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 26/3 (1999)

DOI: 10.11588/fr.1999.3.47897

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Eng verknüpft mit der Neutralitätsdoktrin war die Haltung der Schweiz gegenüber den Vereinten Nationen. Diese Frage interessierte die Eidgenossenschaft auch wegen der Überlassung des Völkerbundpalastes in Genf an die UNO und dessen Wahl zum europäischen Sitz der Weltorganisation. Obwohl es das erklärte Ziel der Vereinten Nationen war, das destruktive Potential einer von Nationalstaaten beherrschten Welt auszuschalten, blieb die Schweiz auf Distanz zur UNO. Die Enttäuschung über den Völkerbund der Vorkriegszeit und die Überzeugung von der Richtigkeit des eigenen Weges erwiesen sich als stärker, so stark, daß noch 1986 die Schweizer in einem Referendum den Beitritt zur UNO mehrheitlich ablehnten.

Mit den Alliierten – insbesondere mit den USA – waren in erster Linie wirtschaftliche Streitfragen zu klären. Dabei ging es vorrangig um den Verbleib der deutschen Vermögenswerte in der Schweiz und der schweizerischen Guthaben in den Vereinigten Staaten. Die alliierten Verhandlungspartner wurden von der Sorge geleitet, daß sich unter diesen Vermögenswerten – versteckt – auch solche des NS-Regimes befänden und dies den zukünftigen Frieden gefährden könnte. Dies galt insbesondere für das Raubgold aus ehemals jüdischem Besitz bzw. von jüdischen KZ-Häftlingen. Das Ergebnis des alliierten Drucks war das Washingtoner Abkommen von 1946, dessen Hauptinhalt das Aufspüren, die Liquidation und die Entnazifizierung deutscher Vermögen im Ausland war und das für die Schweiz mit einer einmaligen Zahlung von 250 Mio. Franken endete. Die etwa 1995 einsetzende Diskussion über den Handlungsspielraum und die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg hatte zur Folge, daß nach über 50 Jahren, nämlich 1998, eine Revision dieses Abkommens ebenso ins Gespräch gebracht wurde wie der damalige Verrat der schweizerischen Verhandlungsstrategie an den amerikanischen Geheimdienst durch den sozialdemokratischen Nationalrat Hans Oprecht (1894–1978).

Zur Konfrontation der schweizerischen Behörden mit den genannten großen Streitfragen trat eine Vielzahl kleinerer Probleme: so z. B. die Rückführung der deutschen und anderen ausländischen Staatsangehörigen in ihre Heimatländer; der Umgang mit den von den Alliierten angelegten »schwarzen Listen« von Schweizer Firmen und Einzelpersonen, die aus alliierter Sicht allzu einseitig die Achsenmächte beliefert hatten und daher boykottiert wurden; die schweizerischen Guthaben in den kommunistisch gewordenen Ländern; die Wiederaufnahme der Beziehungen der Schweiz zur Sowjetunion ohne allzu großen Gesichtsverlust für die Schweiz; die Verhandlungen der Schweiz mit den Militär- und Zivilregierungen in den ganz unterschiedlich verwalteten vier Besatzungszonen in Deutschland; die Widerstände der schweizerischen militärischen Führung gegen eine vorzeitige Demobilisierung und so weiter. Insgesamt gesehen liegt eine – angesichts der Vergangenheitsdiskussion in der Schweiz – sehr aufschlußreiche Quellenedition vor, deren Einrichtung den gleichen benutzerfreundlichen Grundsätzen folgt wie die bisher veröffentlichten Bände.

Reinhard SCHIFFERS, Bonn

Jean SOLCHANY, *Comprendre le nazisme dans l'Allemagne des années zéro (1945–1949)*, Paris (puf) 1997, 350 S. (Politique d'aujourd'hui).

Die Bemühungen unterschiedlichster Autoren im Deutschland der unmittelbaren Nachkriegszeit, die Ursachen des Nationalsozialismus zu ergründen, sind das Thema der auf eine Straßburger Dissertation zurückgehenden Arbeit. Solchany untersucht diese erste Phase der »Vergangenheitsbewältigung« – er meidet den Begriff wegen der Vermischung wissenschaftlicher und politisch-moralischer Kriterien – mit dem Ziel, ihren Ablauf und ihre Auswirkungen zu beschreiben, ohne selbstgerecht über »Verdrängung« und »Aufarbeitung« zu urteilen.

Die Jahre zwischen dem Ende des »Dritten Reiches« und der Gründung zweier Staaten auf deutschem Boden, so der Verfasser, waren in intellektueller Hinsicht eine Zeit des Umbruchs und der Erneuerung. Zwar seien die Kollektivschuldthese und die radikale Entnazifizierungs- und Umerziehungspolitik der Alliierten bei den meisten Deutschen auf Ablehnung gestoßen. Wie das Schockerlebnis des staatlichen Zusammenbruchs und der von Deutschen verübten Verbrechen hätten sie dem geistigen Leben jedoch vielfältige Anstöße gegeben. Dabei seien auch alte Gewißheiten radikal in Frage gestellt und schöpferisch verändert worden, um auf diese Weise neue Sichtweisen zu gewinnen. In der »Stunde Null« nach dem Zweiten Weltkrieg habe eine lebhaft, nach allen Seiten offene Auseinandersetzung mit der unmittelbaren Vergangenheit stattgefunden. Erst in den fünfziger Jahren, als sich die geistige, politische und materielle Lage stabilisierte und die Deutschen in die gegnerischen weltpolitischen Blöcke eingebunden wurden, sei eine »somnolence mémorielle« an ihre Stelle getreten.

Die Darstellung orientiert sich im Hauptteil an zwei fundamentalen Traditionen der Geschichtsdeutung, die lange vor 1933 entstanden waren und nach 1945 erneut herangezogen wurden, um die Ursachen und das Wesen des Nationalsozialismus zu begreifen. Dieser sei einerseits als katastrophaler Endpunkt des nunmehr negativ verstandenen deutschen »Sonderwegs«, andererseits als Folge der Säkularisierung und des Verlusts natürlicher Bindungen in allen modernen europäischen Gesellschaften verstanden worden. Diese zweite Deutungslinie und ihre Konsequenzen für die westdeutsche politische Kultur hat Solchany 1996 auch in den »Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte« beschrieben. Liberale und konservative Intellektuelle wie Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke, Friedrich Meinecke und Gerhard Ritter, Walter Künneht und Rudolf Pechel hätten die fortschreitende »Vermassung« und »Ent-Geistlichung« der modernen Welt dafür verantwortlich gemacht, daß sich in Deutschland die materialistische, pseudo-religiöse und zerstörerische Diktatur Hitlers etablieren konnte. Die Ursachenbestimmung aus dem Geiste der traditionellen Modernitätskritik, die auch auf das verhaßte kommunistische System in der Sowjetunion angewendet worden sei, habe im Einklang mit einer Reihe amerikanischer Politikwissenschaftler und deutscher Emigranten in den USA zur Herausbildung der Totalitarismustheorie geführt.

Gleichzeitig hätten sich viele deutsche Konservative angesichts des Untergangs des »Dritten Reiches« und des vollständigen Umbruchs der Nachkriegsjahre nicht nur von einem übersteigerten Nationalismus abgewandt, sondern auch zu einer Bejahung demokratischer Prinzipien durchgerungen, die nun als einziges Abwehrmittel gegen totalitäre Bedrohungen erschienen. Auf diese Weise, so die These Solchany, fanden sie Anschluß an westliche politische Traditionen: Es kam zu einer »démocratisation de la pensée conservatrice«, indem überkommene geistesgeschichtliche Deutungsmuster und die Zäsuren der Jahre 1945–1959, Kontinuität und Bruch miteinander in Wechselwirkung traten. Die Selbstbesinnung der Konservativen habe im westlichen Deutschland neben alliierterem Druck, verbreitetem Antikommunismus und dem beginnenden »Wirtschaftswunder« gleichfalls zum Erfolg der bundesrepublikanischen Demokratie beigetragen.

Wolfgang DIERKER, Bonn